

# SPD sozialdemokratischer pressediens

abl.

P/XXX/134

16. Juli 1975

Bonn sorgte für solide Grundlage

Neuer Anfang für die europäische Forschungspolitik  
ist jetzt möglich

Von Hans Matthöfer MdB  
Bundesminister für Forschung und Technologie und Mit-  
glied des Vorstandes der SPD

Seite 1 / 44 Zeilen

Auf dem Wege zur Europäischen Union

Eine nüchterne, aber nicht pessimistische Bestandauf-  
nahme

Von Dr. Peter Corterier MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Nachruf für einen Freund

Zum Tode von Gerhard Prager

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 4 / 31 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Washington: Keine neue Atomwaffenstrategie

Seite 5 und 6 / 97 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressesaal I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 30  
Telex: 02 88 546 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Bonn sorgte für solide Grundlage

Neuer Anfang für die europäische Forschungspolitik ist jetzt möglich

Von Hans Matthöfer MdB

Bundeminister für Forschung und Technologie und  
Mitglied des Vorstandes der SPD

Der Rat der EG-Außenminister hat mit seinem Beschluß über die weitere Zukunft der europäischen Forschungspolitik eine Entscheidung von großer Tragweite getroffen. Keine noch so ausgefeilte Interpretationskunst kann und soll darüber hinwegtäuschen, daß sich der politische Wille der Bundesregierung, eine solidere Grundlage für eine breit angelegte europäische Gemeinschaftsforschung zu schaffen, durchgesetzt hat. Die Europäische Kommission wird ihre Verpflichtung erfüllen und für die Gemeinsame Forschungsstelle bis Oktober eine Programmplanung sowie bis Anfang 1976 ein detailliertes Programm vorlegen. Sie wird aufgetretene Kostensteigerungen nicht durch einen Nachtragshaushalt decken.

Signalwirkung für künftige europäische Forschungsprogramme hat auch die Tatsache, daß die Mittel für das Energieforschungsprogramm in zwei Phasen vergeben werden. Wie dies bei uns im Interesse einer sparsamen und kontrollierten Mittelverwendung gehandhabt wird, soll nach einer ersten, bis Ende 1976 dauernden Phase überprüft werden, ob, in welchem Umfang und mit welcher Zielsetzung das Programm fortgesetzt wird. Dabei kann jedes Land seine Interessen wahren.

Eine zielgerichtete Planung, eine Abstimmung aller Programme mit den Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und Planung einer soliden und sorgfältigen Arbeit in den europäischen Forschungszentren: Dies wurde in Luxemburg gefordert, und dies hat der Rat in Brüssel beschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat erreicht, daß nicht um einer formal verstandenen europäischen Solidarität willen wider besseren Wissens Stillhalten festgeschrieben wurde. Es gibt keinen übergeordneten europäischen Einigungszwang, der den verantwortlichen Ressortminister veranlassen könnte, im internationalen Bereich weniger Sorgfalt mit Steuergeldern zu üben als bei nationaler Aktivitäten. Langfristig wird Solidarität und Effizienz dem europäischen Gedanken nützlicher sein als verständnisvolles Augenverschließen.

Für die europäische Forschung steht in den nächsten Jahren der zweckmäßige Einsatz von fast anderthalb Milliarden DM zur Diskussion. Niemand möge jetzt versuchen, den Inhalt der gefaßten Beschlüsse durch Formulierungskünste und bürokratische Auslegungsverfahren zu verwässern. Es muß sichergestellt sein, daß im Interesse des guten Rufes der europäischen Forschung strenge Maßstäbe an die Rationalität der Planung, an umfassende Abstimmung, an größtmögliche Effizienz und an die sparsame Verwendung der Mittel angelegt werden.

Die Diskussion um die europäische Forschungspolitik endete nicht mit einem Kompromiß, über den man zur Tagesordnung und zur alten Praxis übergehen könnte, sondern mit der Weichenstellung für einen neuen Anfang. Es wäre gut für Europa, wenn dies von allen Verantwortlichen begriffen würde. Der für die Forschung verantwortliche deutsche Kommissar Dr. Guido Brunner hat eine schwierige Aufgabe vor sich. Er wird sich auch weiterhin auf unsere solidarische Unterstützung verlassen können.  
(-/18.7.1975/vb/pr)

+ + +

Auf dem Wege zur Europäischen Union  
-----

Eine nüchterne, aber nicht pessimistische Bestandaufnahme

Von Dr. Peter Corterier MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause nahm das Europäische Parlament den Bericht zur Politischen Union an. Es leistete damit seinen Beitrag zur Erfüllung der Aufgabe des belgischen Ministerpräsidenten Tindemans, dem Europäischen Rat bis Ende des Jahres 1975 einen Synthese-Bericht zur Politischen Union vorzulegen.

Wir können feststellen, daß sich die Vorstellungen und Forderungen des Europäischen Parlaments, die von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, aber auch von den Gaullisten und den britischen Konservativen getragen werden, in großen Teilen mit denen der Kommission decken. Dies sollte es Ministerpräsident Tindemans möglich machen, möglichst viele dieser Vorstellungen und Forderungen in seinen Bericht zu übernehmen und sie seinen Kollegen im Europäischen Rat zu unterbreiten.

Für die Errichtung der Politischen Union bestimmten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten das Jahr 1980. Es ist klar, daß bis zu diesem Datum die Europäische Union nicht voll verwirklicht werden kann; 1980 kann nur eine, allerdings wichtige Etappe beim schrittweisen Aufbau der Union sein. In einer vorbereitenden Übergangsphase bis 1980 sollen nach Meinung des Europäischen Parlaments erste Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Dazu gehört vor allem die intensive Weiterarbeit an der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Rückkehr Frankreichs in den europäischen Währungsverband ist als erster Schritt in diese Richtung zu werten und zu begrüßen.

Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament größere Effizienz und mehr Transparenz des Entscheidungsprozesses in der Gemeinschaft. Die Wieder-einführung der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat und die Öffentlichkeit seiner Tagungen, wenn es um Fragen der Gesetzgebung geht, sind wichtige Bestandteile unserer Forderungen.

In der Übergangsphase bis 1980 wird dem Europäischen Parlament eine zentrale Rolle zukommen. Die Stärkung seiner Position wird wesentlich zur

Demokratisierung der Gemeinschaft beitragen. Der Ministerrat ist daher aufgerufen, unbedingt bis 1976 den Beschluß zur Durchführung von Direktwahlen zu verabschieden, damit sie nach dem vorgesehenen Zeitplan im Jahre 1978 stattfinden können. Der Vorstoß von Helmut Schmidt für die Direktwahlen bei der Sitzung des Europäischen Rates in dieser Woche in Brüssel ist sehr zu begrüßen. Vielleicht kann er dazu beitragen, daß die endgültige Entscheidung für die Direktwahl noch bis Ende dieses Jahres fällt.

Direktwahlen allein genügen jedoch nicht, um der Gemeinschaft die notwendige Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Bürgern zu verschaffen. Die Direktwahl muß daher unmittelbar mit einer Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments verbunden sein. Die bisher weitgehend nur beratende Funktion des Parlaments muß aufgehoben werden, wenn die Direktwahlen nicht zu einer Farce degradiert werden sollen. Die Völker Europas werden eine Direktwahl nur dann ernst nehmen, wenn aus ihr ein Parlament hervorgeht, das auch tatsächlich Einfluß auf die europäische Politik nehmen kann.

In der Endphase der Errichtung der Politischen Union müssen dem Europäischen Parlament schließlich echte Gesetzgebungsbefugnisse und ein eigenes Initiativrecht zuerkannt werden. Die Kommission, die nach den Vorstellungen des Europäischen Parlaments im Zuge des Aufbaus der Union mehr und mehr zu einem unabhängigen Entscheidungszentrum mit den Merkmalen einer europäischen Regierung entwickelt werden soll, muß dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich sein.

Dies sind einige der Vorstellungen und Forderungen, die das Europäische Parlament entwickelt hat. Es ist zu hoffen, daß nicht nur Ministerpräsident Tindemans in seinem Synthese-Bericht, sondern auch die Staats- und Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sie sich zu eigen machen werden. Nur wenn dies gelingt, kann die Europäische Union aus dem Stadium der politischen Deklamationen und Absichtserklärungen herauskommen und nach und nach Realität werden. (-/18.7.1975/ks/pr)

+ + +

Nachruf für einen Freund  
-----

Zum Tode von Gerhard Prager

Von Lothar Schwertz

Spracher des Vorstandes der SPD

Gestern ist in der Mainzer Universitätsklinik Gerhard Prager, der Programmdirektor des Zweiten Deutschen Fernsehens, nach vielen Wochen zwischen Pain und Hoffnung im Alter von 55 Jahren einer tödlichen Krankheit erlegen. Damit hat ein Leben sein allzu frühes Ende gefunden, das durch schöpferische und prägende Kraft in den Bereichen von Kultur und Publizistik, zugleich auch durch Humanität und die Fähigkeit zur treuen und befruchtenden Freundschaft gekennzeichnet war.

Mit der Sensibilität des geistreichen und formulierungsgewaltigen Literaten, der auch die feinsinnige, aber nie verletzende Ironie auf der Palette hatte, war ein gesellschaftspolitisches Engagement gekoppelt, das in der Verbundenheit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seinen Niederschlag fand. Gerhard Prager war uns auf dem Gebiet der Medienpolitik viele Jahre lang ein kenntnisreicher Ratgeber, in der allgemeinen Politik ein kritischer, aber immer hilfreicher Freund.

Gerhard Prager hatte für sich den Goldenen Schnitt zwischen Kunst und Politik gefunden, praktiziert und im Laufe der Jahre an viele Kollegen und Freunde im kulturellen Leben weitergegeben. Seine Kreativität und seine geistige wie politische Redlichkeit haben auf allen Stationen seines beruflichen Wirkens - vom Schauspiel dramaturgen am Stuttgarter Staatstheater über den Hörspiel dramaturgen und Unterhaltungschef beim Süddeutschen Rundfunk und den Chefredakteur bei dem Medieninformationsdienst des "Evangelischen Pressedienstes" (EPD) bis zum Hauptabteilungsleiter "Fernsehspiel und Film" und schließlich (ab 27. November 1973) Programmdirektor des Zweiten Deutschen Fernsehens - bleibende und verpflichtende Spuren hinterlassen.

In diesem Sinne heißt es in einem Beileidstelegramm, das der SPD-Vorsitzende Willy Brandt gestern an den ZDF-Intendanten Prof. Dr. Karl Holzamer gerichtet hat: "Das Programm des Zweiten Deutschen Fernsehens trug in wesentlichen Teilen die unverwechselbare Handschrift des weltvollen Literaten Gerhard Prager. Der schmerzliche Verlust, den das ZDF durch den frühen Tod seines Programmdirektors erlitten hat, muß deshalb weit über die Anstalt hinaus Trauer auslösen." (-/18.7.1975/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Washington: Keine neue Atomwaffenstrategie

Aus aktuellem Anlaß veröffentlichen wir einen Bericht aus dem offiziellen "Wireless Bulletin from Washington" der Bonner US-Botschaft vom 17. Juli 1975.

"In dem Bemühen, die sog. 'Erst-Verwendung' (First Use) von Atomwaffen zu erläutern, äußerte Dr. Fred C. Ikle, Direktor der amerikanischen Waffenkontroll- und Abrüstungsbehörde, die Ansicht, daß der Begriff 'Erst-Reaktion' ('First Response') eine weitaus genauere Beschreibung der amerikanischen Nuklearpolitik sei.

In einem Interview mit der 'Stimme Amerikas' am 14. Juli erklärte Dr. Ikle, daß sich die Vereinigten Staaten das Recht, Atomwaffen einzusetzen, stets für den Fall vorbehalten haben, wenn ein massiver mit konventionellen Waffen geführter Angriff, der auf andere Weise nicht abgeschlagen werden könnte, gegen die Vereinigten Staaten oder seine Alliierten vorgetragen wird. Diese sogenannte 'Erst-Verwendungs-Politik' der Vereinigten Staaten sei nach den Worten des Direktors des Waffenkontrollorgans mit einer 'First Strike' Situation (Situation des ersten Atomschlags) verwechselt worden, bei der ein Land einen Krieg mit Atomwaffen beginnen würde.

Um die Politik der Vereinigten Staaten deutlicher zu umreißen sei seiner Meinung nach die Bezeichnung 'First Response' (Erst-Reaktion) passender, weil möglicherweise dann Atomwaffen zum Einsatz kämen, 'wenn es darum ginge, einem mit konventionellen Waffen geführten Krieg, der außer Kontrolle geraten wäre und mit nicht-nuklearen Waffen allein weder einzudämmen wäre, noch andere Verteidigungsmöglichkeiten offen ließe, eine Wendung zu geben'.

Diese letzte Verteidigungsmöglichkeit, sagte Dr. Ikle, 'wurde 'First Use Threat' (Drohung der Erst-Verwendung) genannt. Dieser Ausdruck ist fraglos irreführend und kann eine gänzlich andere Vorstellung erwecken, nämlich die Vorstellung, amerikanische Atomwaffen kämen wie aus heilerem Himmel, mitten im Frieden, zuerst zum Einsatz. Das ist völliger Unsinn!'

In den vergangenen Wochen herrschte in der Presse Verwirrung darüber, ob sich die amerikanische Politik im Hinblick auf die 'Erst-Verwendung' von Atomwaffen geändert habe oder nicht. Nach einem Kommentar befragt, antwortete Dr. Ikle rundheraus, daß sich nichts geändert habe und daß die Auffassung, die Vereinigten Staaten würden einen Krieg mit atomaren Waffen beginnen, 'völlig falsch' ist. 'Der Zweck dieser Waffen ist der, einen Krieg zu verhindern', sagte er, 'insbesondere einen Atomkrieg zu verhüten. Und jene Leute, die anderes behaupten, müssen entweder gänzlich falsch informiert oder absichtlich darum bemüht sein, diese Situation verzerrt darzustellen'.

In Beantwortung einer Frage sagte Dr. Ikle, daß sich, obwohl sich in jüngster Zeit nichts an der Atomwaffenpolitik der Amerikaner geändert habe, dennoch in den letzten Jahren ein bedeutsamer Wechsel von der Doktrin der 'massiven Vergeltung' der Fünfziger Jahre vollzogen habe. Nach seinen Wor-

ten steht im Mittelpunkt dieses Wandels die Tatsache, 'daß man davon abgegangen ist, sich im Kriegsfall in einem frühen Stadium auf die Verwendung von Atomwaffen zu verlassen'.

Er sagte weiterhin, 'in den Fünfziger Jahren diskutierten amerikanische Militärsprecher und andere über Atomwaffen fast so, als handele es sich um konventionelle Waffen. Das steht heute außer Frage. Wir haben unmißverständlich klar gemacht, daß es einen deutlichen Sicherungstreifen (Fisabreak) geben muß - damit Atomwaffen nicht als Ersatz für konventionelle Waffen verwendet werden können. Wir waren ebenso bestrebt, unsere konventionelle Verteidigung soweit auszubauen, daß es möglich wäre, sich bei Ausbruch von Feindseligkeiten auf die Verwendung von nicht-nuklearen Waffen zu stützen', sagte er.

Dr. Ikle wurde befragt, ob die Vereinigten Staaten zu der festen Zusage bereit seien, nicht als erste Atomwaffen zum Einsatz zu bringen, um hierdurch die Länder zum Beitritt zu dem Vertrag über die Nicht-Weitergabe von Atomwaffen zu bewegen. Er sagte, daß diese Art von Verpflichtung für diejenigen Länder 'irreführend' sein würde, die zwar das Potential haben, Atomwaffen herzustellen, die es aber aufgrund des Bündnisverhältnisses zu den Vereinigten Staaten nicht getan haben. 'Es könne so aussehen, als hätten sie gerade den Schutz verloren, auf den sie sich verlassen haben, nur um dem Nicht-Weiterverbreitungsvertrag angehören zu können', fuhr er fort.

Länder, die hinsichtlich des Atompotentials weiter zurück sind, machen sich eher Sorgen wegen eines mit konventionellen Waffen durchgeführten Angriffs durch benachbarte Mächte, als daß sie sich wegen eines Atomangriffs durch die Supermächte beunruhigen lassen, sagte er. Des Weiteren bemerkte er, daß eine feste Zusage seitens der Supermächte über die 'Erstverwendung' diese Sorgen nicht wesentlich verringern würde.

Es folgen weitere während des Dr. Ikle-Interviews behandelte Themen.

Atomwaffen-Miniaturisierung: Die Vereinigten Staaten bekämpfen die Entwicklung von kleinen Atomwaffen, die die Zerstörungskraft einer großen konventionellen Bombe haben würden, da sie den Unterschied zwischen nicht-nuklearen und nuklearen Waffen verwischen, sagte Dr. Ikle. Er sagte, die Vereinigten Staaten haben vor einigen Jahren eine 'klare und unzweideutige Erklärung' abgegeben, daß sie die Entwicklung dieser Waffen nicht dazu benutzen möchten, um diesen Unterschied auszulöschen, sondern daß ihnen vielmehr daran gelegen ist, den Unterschied aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Entwicklung der sowjetischen Waffen: Dr. Ikle gestand die Enttäuschung der Vereinigten Staaten darüber ein, daß die Sowjetunion schwerere Geschosse entwickelten - entgegen den einseitigen amerikanischen Erklärungen nach der ersten Runde der SALT-Gespräche (Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen) im Jahre 1972, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, daß beide Seiten von qualitativen Verbesserungen der Atomwaffen absehen werden. Er sagte, diese Entscheidung der Sowjetunion wird die Position der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Runde der SALT-Gespräche beeinflussen. Er sagte weiterhin, daß die Vereinigten Staaten 'sehr sorgfältig kontrollieren' werden, damit die Erfüllung der Bedingungen des SALT-Abkommens durch die Sowjetunion gewährleistet ist.

Europäische Truppenreduzierungen: Um eine Stabilität zu erzielen, die einen konventionellen Angriff, der möglicherweise zum Atomkrieg führen könnte, ausschließen würde, ist es wichtig, daß die Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen zu einer Parität der Kräfte führt, sagte Dr. Ikle; er fügte hinzu, daß die NATO-Alliierten in Wien nicht glauben, daß die von den Sowjets vorgeschlagenen gleichmäßigen Reduzierungen die geeignete Verfahrensweise ist. "

(-/18.7.1975/ks/pr)